

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

201 (1.9.1931) Unterhaltung, Wissen, Kunst

von hingeben, als ob die Weltkriege und mit ihr das deutsche Arbeitslosenproblem in kurzer Zeit beseitigt werden könnten. Die Arbeitslosenfrage wirkt aber insbesondere von der Einkommenseite her sehr stark auf Bestand und Leistungsfähigkeit der übrigen Sozialversicherung zurück. Es ist eben eine Einkommensfrage, daß, wenn die Sozialpolitik eines Landes ein bestimmtes fortgeschrittenes Stadium erreicht hat, diese Sozialpolitik nur gehalten und weiter entwickelt werden kann, wenn Staat und Wirtschaft im ganzen ausreichend gedeihlich und fundamenter sind. Sie, als Gesamtwirtschaft, interessieren natürlich in erster Linie die Fragen der Lohnpolitik, des Tarifwesens, der Sozialversicherung, der Arbeitszeit usw. Aber all diese Dinge hängen ja praktisch in der Luft, solange nicht Staat und Wirtschaft und ihr Kredit auf festen Grundlagen beruhen. Und an der Befestigung und teilweisen Neuschaffung dieser Fundamente muß in den nächsten Monaten nachdrücklich gearbeitet werden. Sie leben m. E. auch als Arbeiterbewegung in der nächsten Zeit vor drei großen Fragen, die Ihre künftigen Betätigungsmöglichkeiten entscheidend bestimmen, und zwar:

1. Was muß seitens der Welt und was kann seitens Deutschlands geschehen zur endlichen Befreiung Europas?
2. Wie retten wir die Lebensbestände des demokratischen Staates über die gegenwärtige große Krise hinweg?
3. Wie bringen wir die Arbeitslosen über den nächsten Winter?

Alle Konferenzen und Verträge haben in den letzten 13 Jahren einen wahren Frieden nicht zu bringen vermocht. Deutschland ist gegenwärtig das größte Ausfallland Europas und neben Amerika das größte Ausfallland der Welt. Ein solches Land kann weder durch Wirtschaftstaktik noch in einem unruhigen und unberechneten Europa sein Arbeitslosenproblem bewältigen. Gegenwärtiges Vertrauen zu schaffen auf der Basis der Neuordnung, auch der Lebensgrundlagen für Deutschland, ist die erste Aufgabe, an der in den nächsten Monaten nachdrücklich gearbeitet werden muß.

Unser staatliches Leben ist aber nicht bloß ungeachtet nach außen; es fehlt ihm auch die notwendige Ausgeglichenheit im Innern; wir stehen in politischer, geistiger und organisatorischer Hinsicht noch vor einem unfertigen Staat.

Das ist gar nicht anders möglich. Bis 1918 wurde Deutschland mit einem starken absolutistischen Einschlag regiert. Die Lohnarbeiter, die Hälfte des deutschen Volkes, hat man bis 1914 als Nebenbedienten in Staat und Gesellschaft behandelt. Wir stellen bis dahin einen in Feudalismus, Kasten und Klassen zersplitterten Volkskörper dar. So kam der Krieg, der größte der Geschichte, den wir verloren haben; es kam der politische Zusammenbruch. Deutschland wurde plöblich und formal die freieste Demokratie der Welt. Den Arbeitern, die man früher von der Gestaltung der Staatsgeschicke ferngehalten hatte, geht es nicht schnell genug vorwärts; die alten herrschenden Schichten möchten wieder zurück zu dem Zustand von 1914; die Jugend sieht keine Zukunft. Dazu kommen noch die gewaltigen Probleme der Wirtschaft- und Finanzpolitik sowie des Zahlungsmittelverkehrs, die dem deutschen Volke in der letzten Zeit vor die Seele getreten sind.

Die erste Aufgabe der nächsten Wochen und Monate besteht darin, wie bei knapper Geld- und Devisenbasis die Wirtschaft aufrechtzuerhalten und ihr wenn auch nur ein langsamer Antrieb gegeben werden kann. Ich bin der festen Überzeugung — und darin stimmen m. E. die Gewerkschaften aller Richtungen übereinstimmend —, daß das, was in den letzten Jahren von der deutschen Wirtschaft auf den verschiedensten Gebieten gefordert worden ist, von ihr gar nicht geleistet werden konnte. Die Steuerlasten haben vergrößert, die deutschen politischen Tributzahlungen zu kommerzialisieren, sie in privatwirtschaftliche Einzelforderungen umzuwandeln und, wie dann in das privatkapitalistische System der Welt einzuweisen, was sich nunmehr als unmöglich und undurchführbar herausgestellt hat. Durch den Krieg und seine Begleiterscheinungen sind aus wirtsch. 100 bis 150 Milliarden reichlich überlassen worden. Die deutsche Wirtschaft sollte mehrere Milliarden überhöhter Zinsen herauswirtschaften, sehr hohe Steuern aufbringen, einen fast aufgehobenen Verwaltungsapparat in der öffentlichen und in der Privatwirtschaft unterhalten; es haben sich teilweise staatliche Zustände im Güterverteilungsapparat herausgebildet, es sollten anständige Löhne bezahlt und hohe Beiträge zur Sozialversicherung aufgebracht werden. Das alles zusammen konnte keine Wirtschaft leisten. Gegenwärtig stehen in der deutschen privaten und öffentlichen Wirtschaft rund 90 Milliarden RM. lang- und kurzfristige Kredite, die in den letzten Jahren etwa mit 3 bis 4 Prozent höher verzinst werden mußten, als in anderen mit Deutschland vergleichbaren Ländern. 1 Prozent Zinsen von 90 Milliarden RM. Kredit sind 900 Millionen RM., d. h. die deutsche Wirtschaft hatte in den letzten Jahren neben 2 Milliarden RM. Reparationen noch an 3 Milliarden RM. überhöhten Zinsen aufzubringen. Dieser Betrag stellt mehr als 10 Prozent der Löhne und Gehälter dar, die gegenwärtig in der deutschen Privatwirtschaft bezahlt werden. Dazu kommt ein ungeheurer aufgeblähter Verwaltungsapparat in Staat und Wirtschaft. Der Zuschußbedarf zur allgemeinen Verwaltung und zur Finanzverwaltung in Reich, Ländern und Gemeinden betrug 1913/14 544 Millionen RM., 1928/29 1473 Millionen RM., zu den Hochschulen 1913/14 58 Millionen RM., 1928/29 174 Millionen RM., zu den sonstigen Schulen 1913/14 911 Millionen RM., 1928/29 2125 Millionen RM., zu den Gerichten 1913/14 116 Millionen RM., 1928/29 303 Millionen RM. So ist es fast auf allen Gebieten der öffentlichen Wirtschaft. Und in der Privatwirtschaft ist es nicht anders. Ich kenne ein Angebot industrieller Großbetriebe, deren Gehaltskonto für die Angestellten sehr viel höher ist als das Lohnkonto derer, die in der Produktion tätig sind.

In Notzeiten, wie sie die Gegenwart und die nächste Zukunft darstellen, sind Gehälter von 300 000 RM. und mehr ein großes Volksvergnügen und zeigen eine unverantwortliche Einzelmeinung. Auch in den Bereichen ein großes Chaos. Ich habe der Nominallohnfrage nie eine große Bedeutung beigemessen. Wenn sich die breiten Schichten mit 35 RM. Wochenlohn mehr kaufen können als mit 45 RM., dann ist mir der erstere Zustand lieber. Ich vermag nicht daran zu glauben, daß die deutsche Zinsenfrage lediglich mit Angebot und Nachfrage auf dem Kapitalmarkt geordnet werden könne. Die Zinsenfrage ist auch weitgehend eine politische und eine Organisationsfrage. Die Auffassung, die in dem einseitigen Sturm auf die Löhne und Gehälter das Allheilmittel für die Gesundung der deutschen Wirtschaft ansieht, lehne ich nachdrücklich ab. Der gegenwärtige Zustand der deutschen Wirtschaft wird weitgehend auf den Staat und dessen Eingriffe zurückgeführt. Der Streit um die Einariffe des Staates in die Wirtschaft ist nicht neu.

Neben der Sozialversicherung ist noch immer das Einkommenswesen stark umstritten. Wenn ich aber recht sehe, ist von heute in dieser Frage nicht mehr ganz so weit auseinander, wie noch im letzten Jahre. Ein Verzicht auf die staatliche Schlichtung scheint mir ausgeschlossen. Wir bedürfen ihrer nicht nur zur Verhütung vermeidbarer Arbeitslosigkeit, sondern auch zur Stützung unserer kollektiven Arbeitsverfassung, an der ich nach wie vor entschieden festhalte. Ich kann mir auch nicht denken, daß der Staat in Zeiten, in denen sich keine ordnende Hand auf allen Gebieten der Wirtschaft- und Finanzpolitik immer mehr als notwendig erweist, auf die Möglichkeit einer eigenen lohnpolitischen Betätigung verzichten könnte. Gerade in Krisenzeiten, wie wir sie jetzt durchleben, scheint mir ein staatlicher Schutz der Lohn- und Gehältempfänger nach wie vor unentbehrlich. Ueber die zweckmäßigste Gestalt des Einkommenswesens kann man m. E. reden. Heute kann ich nur sagen: eine gezielte Aenderung ist zur Zeit nicht beabsichtigt und, wenn sie im Rahmen eines Gesamtprogramms ins Auge gefaßt werden sollte, wird dies keinesfalls geschehen, ohne daß die Frage mit den Gewerkschaften nochmals gründlich durchgesprochen wird.

Sehr unangenehm steht es gegenwärtig um die gezielte Sozialversicherung. Ich rechne damit, daß sie im Jahre 1932 ohne die Arbeitslosenversicherung rund 1 bis 1 1/2 Milliarden Mark weniger Einnahmen haben wird als im Jahre 1929. Nun betragen schon jetzt die Beiträge zur Sozialversicherung 18 Prozent des Grundlohns. Dazu kommen noch für die nächsten 1 1/2 Jahre 2 Prozent Krankenversicherung. Ob mit den seitigen Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung und mit der jetzt geltenden Krankenversicherung trotz größter Sparsamkeit die Arbeitslosen über den nächsten Winter hinweggebracht werden können, ist noch zweifelhaft. Wenn aber schon jetzt

20 Prozent des Grundlohnes an Beiträgen zur Sozialversicherung und zur Krankenversicherung erhoben werden, wenn die Steuerquellen des Reiches, der Länder und Gemeinden im Hinblick auf Deutschlands Belaglage fast alle bis auf den letzten Grund ausgeschöpft sind, wenn wir um eine Deflations- oder Deflationspolitik mit allen ihren wirtschafts- und preispolitischen Folgen nicht herumkommen, da mehrheitlich die Sorgen des Arbeitsministers um die gezielte Sozialversicherung, um die Fragen: Wie sollen die 4 Milliarden Mark, die die erste Sozialversicherung jährlich kostet, wie sollen weiterhin die 3 1/2 Milliarden Mark, die notwendig sind zur Erhaltung der Arbeitslosen, aufgebracht werden?

Sie sind mit Recht stolz auf Ihre Organisation, Ihre Jahreseinnahme und Leistungen. Es gibt kaum eine andere Organisation der Welt, die auf ein ähnliches Werk zurückzuführen ist. Der deutsche Arbeitsminister oder soll für die gesamte Sozialversicherung etwa dreißigmal soviel Mittel beschaffen, als die Jahresentnahmen aller ihrer Verbände ausmachen. Und dennoch: Solange die gegenwärtige Regierung am Ruder ist, wird einmal für die Arbeitslosen das denkbar Mögliche geschehen und wird weiterhin bestimmt der Kern der deutschen Sozialversicherung erhalten werden. Hundertprozentig freilich kann nicht all das, was in den letzten Jahrzehnten geschaffen worden ist, über die große Krise eines Jahrhunderts hinweggerettet werden. Aber das kann ich Ihnen sagen, daß nachdrücklich versucht werden wird, den Kern und einen so hohen Prozentsatz wie nur irgend möglich zu erhalten.

In der Arbeitslosenfrage ist mir bekannt, daß Ihre Bewegung mit der Haltung des Arbeitsministeriums nicht zufrieden ist. Und trotzdem kann ich Ihnen eine Aenderung auf der ganzen Linie nicht in Aussicht stellen. Die Arbeitslosenfrage ist bei Deutschlands Gesamtfrage nicht bloß eine sozialpolitische und arbeitsmarktpolitische Angelegenheit, sie greift auch tief in den deutschen Wirtschafts- und Kreditbau ein. Deutschland wird im Hinblick auf seine Gold- und Devisenbasis seine Ausfuhr stärker forcieren müssen. Die 40-Stunden-Arbeitswoche bedeutet aber für eine Reihe von Gewerben, Industrien und Betrieben eine immerhin ins Gewicht fallende Erhöhung der Selbstkosten und damit eine Erhöhung der Ausfuhr. Andererseits gibt es sicher auch zahlreiche Fälle, in denen die Verkürzung der Arbeitszeit ohne Beeinträchtigung oder doch ohne wesentliche Beeinträchtigung der Wirtschaftlichkeit möglich ist und in denen die alte Arbeitszeit mehr aus einer zwar begreiflichen, aber heute nicht mehr möglichen Gemohnheit festgehalten wird. Hier muß sich endlich die notwendige Klüfftschneidung auf die Arbeitsmarktlage durchsetzen und Sie dürfen überzeugt sein, daß alles geschehen wird, um die nötige Umstellung zu fördern und zu beschleunigen. Vergessen Sie aber nicht, daß auch die Gewerkschaften sehr zum Erfolg beitragen können, indem sie die Arbeiter über die Notwendigkeit einer gewissen Restriktionierung der Arbeit aufklären und verhüten, daß ihre Durchführung durch unmögliche Forderungen, besonders hinsichtlich des Lohnausgleichs, erschwert wird.

Und damit komme ich zu der Frage: Wie bringen wir die Arbeitslosen über den nächsten Winter? Gegenwärtig werden weitgehende Vermutungen ausgesprochen über den demnächstigen Umfang der deutschen Arbeitslosigkeit. Unersichtliche Fiktionen zu nennen, ist sehr schwer und zwar aus folgenden Gründen: Im letzten Jahre sind der deutschen Wirtschaft durch Zurückziehung kurzfristiger Ausleihdarlehen, durch Reparationen, an Zinsen für lang- und kurzfristige Ausleihschulden und durch Kapitalflucht rund 6 bis 7 Milliarden Mark entzogen worden. Trotzdem ist von März bis Mitte Juli dieses Jahres die Arbeitslosigkeit in Deutschland ständig zurückgegangen, während sie in Amerika und England in der gleichen Zeit gestiegen ist. Die deutsche Wirtschaft hat also trotz dieses gewaltigen Kapitalentzuges eine größere Widerstandskraft gezeigt, als man sich angenommen worden war. Es ist daher auch sehr schwer, zu laien, welche arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen im einzelnen die gegenwärtige verstärkte Kapitalentziehung und Geldverknappung zur Folge haben wird. Auf eine verlässliche Arbeitslosigkeit im Vergleich zum letzten Winter werden wir uns aber einstellen müssen. Ich rechne damit, daß wir in den nächsten sieben Monaten, vom 1. September 1931 bis 31. März 1932, durch Arbeitslosenversicherung, Reich und Gemeinden an 2 Milliarden Mark für die Arbeitslosen werden aufbringen müssen. Im Hinblick auf unsere Gold- und Devisenverknappung und im Hinblick auf den dadurch bedingten geringen Zahlungsmittelverkehr im Innern werden in den nächsten Wochen alle Mittel angewandt werden müssen, um einmal die Arbeitslosigkeit auf den denkbar niedrigsten Stand herabzubringen und um die Arbeitslosen selbst mit dem verfügbaren Geldaufwand ausreichend im nächsten Winter zu versorgen. Es wird bei solcher Sachlage vornehmlich zu prüfen sein:

1. Inwieweit die Arbeitslosenversicherungen ohne starke Gefährdung der Ausfuhr durchzuführen werden können, worüber ich ja bereits gesprochen habe.
2. Inwieweit periodische Auswechslungen einzelner Belegschaftsmitglieder mit Arbeitslosen möglich sind, um die Last der Arbeits-

losigkeit gleichmäßiger zu verteilen, ohne daß dadurch allerdings die Wirtschaftlichkeit der Betriebe gefährdet oder eine Vermehrung der Kosten der Arbeitslosenversicherung herbeigeführt werden dürfte.

3. Inwieweit eine noch stärkere Betreuung der jugendlichen Arbeitslosen möglich ist.

4. Ob in den größeren Städten Volkshäuser einzurichten sind.

5. Inwieweit eine Naturalversorgung zur Einführung gelangen kann.

In Zahlen ausgedrückt, stehen wir vor folgender Situation: Ich sage, daß ich in den sieben Herbst- und Wintermonaten mit einem Aufwand von etwa 2 Milliarden RM. für die Arbeitslosen rechne. Davon dürften ungefähr 500 Millionen RM. an Mieten verausgabt und die restlichen 1500 Millionen RM. dürften zu 80 Prozent für Lebensmittel und Kohlen benötigt werden. Gegenwärtig steht die Sache so, daß der letzte Verbraucher häufig doppelt so viel für Lebensmittel bezahlt, als der Erzeuger erhält. Die Preise für den nächsten Winter gegenüber den Arbeitslosen nicht durchgehalten werden. Die Städte werden in Verbindung mit den Konsumvereinen und dem Einzelhandel Vorkehrungen treffen müssen, wonach für die Arbeitslosen die Gegenstände des täglichen Bedarfs zu wesentlich verminderten Preisen erhältlich sind. Wir haben in diesem Jahre im allgemeinen eine gute Ernte hinter uns und volle Scheunen. In solcher Situation wäre es nicht zu verantworten, wenn unsere arbeitslosen Volksgenossen wegen der unzulänglichen Rohstofflieferung dieser Waren infolge der deutschen Gold- und Devisenlage und des daraus resultierenden geringen Zahlungsmittelverkehrs hungern müßten. Die Gewerkschaftsmitglieder sind keine Greis- und Jammernemigen. Eine außerordentliche Notlage erfordert außerordentliche Mittel. Das deutsche Volk müßte sich schämen, wenn es sich nicht die Kraft zur Bewältigung des nächsten Winters zutraute, und damit seine ganze Zukunft aufs Spiel setzte. Wir haben schon schlimmere Zeiten überstanden als den bevorstehenden Winter; es braucht nur an den Kohlrübenwinter von 1916/17 und an die Hochinflation vom Jahre 1923 erinnert zu werden. Während des Krieges waren Kartoffeln, Hülsenfrüchte, Speck usw. ein Kleinod; davon kann gegenwärtig keine Rede sein. Es ist nicht wahr, daß in Deutschland alles düster ist. Wir besitzen in Industrie und Landwirtschaft einen guten Produktionsapparat. Das deutsche Volk zählt nach wie vor zu den fleißigsten und arbeitssamsten Völkern der Welt. Deutschland besitzt eine durch die Gewerkschaften hochgradig plinierte Arbeiterschaft, die gewillt ist, auch große Opfer zu bringen, wenn sie sieht, daß alle Volksgenossen durch Beispiel und Tat sich an dieser Opfergemeinschaft beteiligen.

Trotz aller Misere der Gegenwart ist es nicht wahr, daß die deutsche Arbeiterschaft bloß Ketten zu verlieren hat. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung ist entstanden und gewachsen gegen die staatlichen Machtverhältnisse. In solcher Atmosphäre hat etwa vor 30 Jahren der alte Führer Regien einmal ausgesprochen: Gebt uns die völlige Koalitions- und Vereinigungsfreiheit und wir verzichten auf alle staatliche Sozialpolitik. Derenige, der die Gewerkschaftsarbeit im ganzen sieht, wird in ihr die Mobilisierung gewaltiger Kräfte für Staat und Gesellschaft finden. Was war in Deutschland die Arbeiterschaft vor 50 bis 70 Jahren im Vergleich zu heute? Geben haben die Handwerkerzünfte in den Gewerbetrieben vom frühen Morgen bis zum späten Abend gearbeitet, um dann die Sonnenscheibe in den dunkelsten Bier- und Schnapskellern zu verdingen. Heute zählt die deutsche Arbeiterschaft mit zu den am besten aufgewecktesten und intelligentesten Arbeitertypen der Welt. Dieser Arbeitertyp wäre gar nicht denkbar ohne die vielseitige Arbeit der Gewerkschaften. Gewerkschaftsarbeit ist Denkarbeit, ist Geduldarbeit, ist Gewerkschaftsarbeit und Mission. Gewerkschaftsarbeit und politische Romantik sind einander ausschließende Begriffe. Daß die Gewerkschaften dem Unternehmertum und den staatlichen Machtverhältnissen unbehagen werden können, ist richtig — darüber habe ich schon selbst einige Erfahrungen sammeln können. Aber über diese Tagesbeobachtungen hinweg muß man auch das Große und Gewaltige bedenken, was die Gewerkschaften neben der Aufrüttelung der Massen bereits für Staat und Gesellschaft in den bittersten Stunden unseres Volkes nach dem politischen und militärischen Zusammenbruch, bei den Kämpfen um die Erhaltung des Reiches im Osten und Westen, für das Volksanne bedeutet und geleistet haben.

Es ist selbstverständlich, daß Ihre Tagung ausprechen und beschließen wird, was die hinter Ihnen stehenden Massen bewegt. Daneben möchte ich namens der Reichsregierung und der Preussischen Staatsregierung, deren hier anwesende Vertreter mich darum gebeten haben, auch Ihre Grüße und Wünsche zu überbringen, den Wunsch auszusprechen, daß der Verlauf Ihrer Tagung sich auch günstig für das Gesamtwohl von Volk und Vaterland auswirken möge.

In diesem Sinne Glückauf für ihre Arbeit.

Was will Major Pabst?

Die letzte Verzweiflungskarte Hugenbergs

Der S.P.D. scheidet aus: Der Aufstieg und abgeklärtere Führer der österreichischen Heimwehr, Major Pabst, weist seit mehreren Tagen in Berlin und steht im Begriff, sich in der Reichshauptstadt niederzulassen. Er hat gemeinsam mit Hugenbergs Oberbefehl einen literarischen Betrieb gegründet, in den er 45 000 Mark eingebracht hat. Was dieser literarische Betrieb soll, ist bei dem Charakter und der politischen Einstellung seiner Gründer nicht schwer zu erraten. Man wird die Not der Zeit zu einer neuen unter neutralen Namen geführten Kampagne ausnützen. Man will die Leiden des Volkes zur Siehebegeisterung. Am Ende steht die Absicht des Pabstes, für dessen Vorbereitung und Inszenierung Herr Pabst ansechtlicher Vergangeneit in den Augen Hugenbergs als besonders geeignet erscheint. Aber mehr als das interessiert uns zunächst die Frage: Wo hat der arme Herr Pabst die 45 000 Mark her, die er in den Heimbewehr eingebracht hat? Es ist bekannt, daß er vor Monaten von den italienischen Faschisten für die Heimwehr 200 000 Mark in Lire erhalten hat. Eine klare Abrechnung über dieses Geld hat er allerdings nicht gegeben, obwohl die österreichische Heimwehr wiederholt derartige Abrechnungen gefordert hat. Tun sich hier etwa Zusammenhänge auf?

Angelehnt der Rückkehr des Herrn Pabst nach Berlin bleibt schließlich noch zu erwähnen, daß Hugenberg kürzlich einen neuen Anbiederungsversuch bei der Reichswehr gemacht hat. Darf man erlauben, ob der Besuch des Reichsanwalters bei dem im Urlaub befindlichen Chef der Heeresleitung in Wildbad, der anlässlich der kürzlichen Anwesenheit des Reichsanwalters in Stuttgart vor sich ging, mit Hugenbergs Anbiederungsversuch im Zusammenhang zu bringen ist?

Der Pabst nach Berlin überfiedelte, hat er bei Hitler sein Glück versucht. Dort ist er abgelehnt. Seine Verwendung bei Hugenbergs ist ein neues Zeichen für die verzweifelte Lage der deutschen nationalen Volkspartei. Sie hofft jetzt auf den Pabst, zunächst als Kandidat und dann als Rebell, das ist die letzte Probe zum endgültigen Bankrott einer einst großen Partei.

Das KGO-Treiben in Köln

Köln, 31. August. (Via Draht.) Von den 3500 Kölner Filialarbeitern befinden sich am Montag nach 1200 Mann im Ausstand. Die Streikenden haben am Montag von der Stadtverwaltung die Mitteilung erhalten, daß sie entlassen seien. Zwei Ar-

beiter, die der Aufforderung zum Streik nicht Folge leisteten, wurden von KGO-Leuten niedergeschlagen und erheblich verletzt. In der Mittelstadt wurde ein Turmwagen der Straßenbahn umgeworfen. Auch ein Milllionenwagen wurde umgekippt. Der Inhalt wurde auf der Straße zerstreut.

In Düsseldorf ist der Streik der Filialarbeiter zusammengebrochen. Am Montag Morgen sind alle Arbeiter wieder zur Arbeit erschienen.

Geist und Materie

Was will der Marxismus?

Anlässlich des 40 jährigen Bestehens der Potsdamer Ortsgruppe der Sozialdemokratischen Partei fand am Sonntag im Potsdamer Stadttheater ein Festakt statt, in dessen Verlauf der preussische Kultusminister Grimme über die Sozialdemokratie als Kulturbewegung sprach.

Der Redner schilderte in längeren Ausführungen die Bindungen zwischen Geist und Materie, unterwarf die Fundamente des gesellschaftlichen Lebens und formulierte: „Wer die Geisteskultur des Menschen will, muß dafür sorgen, daß dieses Geistes in der Entwicklung treten kann. Wer will, daß der Mensch der Träger des Geistes ist, muß dafür sorgen, daß der Träger überhaupt leben kann. Marx und Engels propagieren nicht die blinde Herrschaft der Materie, wie die Gegner behaupten, sondern wollten den Bild darauf lenken, daß im Mittelpunkt der Wirtschaft nichts anderes stehen sollte, als der Mensch. Dieses irdische Wesen steht nicht außerhalb der deutschen Geistesabteilung, sondern bedeutet das große Erbe der deutschen Kultur.“

Keine Freuhengelder bei Reichsbanneraufmarsch

Ein deutschnationaler Abgeordneter des preussischen Landtages hatte an das preussische Staatsministerium die Frage gerichtet, ob dem „Reichsbanner Schwarze-Rot-Gold“ zur Durchführung seines Aufmarsches in Koblenz Gelder aus Staatsmitteln in direkter oder indirekter Gestalt werden seien, und wenn ja, in welcher Höhe. Der preussische Minister des Innern hat die Anfrage mit „Nein“ beantwortet.

Thomas legt sein Amt als Führer der Eisenbahngewerkschaft nieder

London, 31. Aug. Der Staatssekretär für Domänen und Kolonien, A. S. Thomas, hat auf der Gewerkschaftsversammlung der Eisenbahngewerkschaft sein Amt als politischer Generalsekretär und Führer der Gewerkschaft niedergelegt.